



Nachlese des 83. Entwicklungspolitischen Fachgesprächs vom
06. September 2011 zum Thema:

Programme der Sozialen Sicherheit in der Entwicklungspolitik der Europäischen Kommission

Gespräch mit Klaus Rudischhauser

Entwicklungspolitik ist nach wie vor ein bedeutendes Themenfeld in der Europäischen Kommission (EK). Ab 2014 wird der internationalen Entwicklungszusammenarbeit voraussichtlich deutlich mehr Geld zu Verfügung stehen. Es wird derzeit eruiert, welche Prioritäten dabei gesetzt und welche Länder in Zukunft stärker gefördert werden sollen.

Die Strukturen der EK wurden mit der Schaffung des europäischen Außendienstes kürzlich geändert. Aus zuvor zwei entwicklungspolitischen Bereichen wurde die Abteilung für „Entwicklung und Zusammenarbeit – DEVCO“ .

Programme der Sozialen Sicherheit haben in Brüssel keine zentrale Bedeutung, auch wenn die Thematik seit 2007 verstärkt in den Vordergrund gerückt ist.

Zudem wurde Soziale Sicherheit im European Development Report 2010 ausführlich thematisiert. Der EDR 2012 wird indes zeigen, welche die nächsten Schritte und Ziele nach den MDGs sein könnten. Bisher wird Soziale Sicherheit zwar im Rahmen einiger Ziele berücksichtigt, ist jedoch kein eigenständiges Thema der MDGs.

Die europäische Entwicklungspolitik führte eine Reihe von Einzelprojekten zu Sozialer Sicherheit durch. Viele dieser Projekte waren Budgethilfen, vor allem im Gesundheitsbereich. Ein Beispiel dafür sind die „Social Safety Net Programs“ in Äthiopien. Derzeit werden über 100 Millionen Euro in zwei verschiedene Programme investiert, bei denen einkommensschaffende Maßnahmen eine zentrale Rolle spielen.

Die Europäische Kommission verfolgt in Bezug auf Soziale Sicherheit zwei verschiedene Ansätze:

- 1) Punktuelle Projekte: Investitionen in das soziale Sicherungsnetz von Gemeinden und Regionen
- 2) Systemaufbau: Unterstützung der lokalen Regierung, um dieser die Eigenfinanzierung der Projekte aus dem eigenen Haushalt zu ermöglichen.

Bei ersteren besteht jedoch die Gefahr, dass sie aufgrund ihrer punktuellen Unterstützung den jeweiligen Ländern nur beschränkt helfen. Daher liegt eine umfassende Herausforderung und zugleich große Chance in der Realisierung des zweiten Ansatzes.

Zur Realisierung dieses Ansatzes sind Transferleistungen kurzfristig hilfreich. Die langfristige Priorität liegt schließlich darin, Wachstum zu schaffen. Um dies zu verwirklichen, ist ein übergreifender politischer Wille seitens der Regierung notwendig. Darüber hinaus müssen die Länder einen stabilen Staatshaushalt aufweisen, um in der Lage zu sein, soziale Netze

aufzubauen. Die Unterstützung dieses Bestrebens genießt seit ca. zwei Jahren große Aufmerksamkeit in der EK.

Weitere Grundvoraussetzungen sind transparente Haushalte, eine strukturierte Koordinierung der Budgethilfe und die Optimierung der Dezentralisierung.

In afrikanischen Ländern werden die Strukturen sozialer Systeme jedoch häufig von Clans bestimmt. Bei diesen Stammesstrukturen ist die Anwendung von Blueprints nicht zu empfehlen. Eine Alternative in diesen Fällen ist Capacity Building.

In Zukunft wird es zunehmend von Bedeutung sein, dass die EU die Verteilung der Gelder gemessen daran, in welchen Bereichen in den jeweiligen Ländern sie am dringendsten benötigt werden, abwägt. Dabei muss zwischen einzelnen Ländern differenziert werden, da es einige gibt in denen ein reiner Geldzuschuss keinen Fortschritt erzeugen würde.

Gespräch mit dem Publikum

Was verstehen Sie unter sozialen Sicherungssystemen? Denken Sie dabei auch an Empowerment?

Antwort: In vielen Projekten wird sowohl der Top-Down Ansatz als auch der Empowerment-Ansatz verfolgt. Die EU/EK muss darauf drängen, dass die Länder das Niveau erreichen, soziale Sicherungssysteme selbst finanzieren zu können.

Soziale Sicherung benötigt einen politischen Willen der Bevölkerung und soll nicht von Gebern dominiert sein. Ist es zu erwarten, dass eine Budgethilfe angenommen wird?

Antwort: Global hat sich diesbezüglich nicht viel geändert. Wenn der politische Wille fehlt, sollte man es nicht anbieten. Dennoch geschieht es, was schlechte Ergebnisse zur Folge hat.

Kommentar Christof Kersting (GIZ): Viele Länder wollen aufgrund der Finanzkrise einen finanziellen Ausgleich herstellen. Die EU investiert im Moment beispielsweise in El Salvador 45 Millionen Euro in die Budgethilfe. Geber sollten einsteigen und den sozialen Ausgleich in den Ländern unterstützen. In manchen Ländern gibt es allerdings auch eine Inflation an sozialen Sicherungsprogrammen, wie bspw. in Bangladesch - mit 45 Programmen zur gleichen Zeit.

Kommentar Markus Löwe (DIE): In den letzten Jahren hat sich eine Menge im Bereich der Sozialen Sicherung getan. Viele Regierungen in Afrika und Asien interessieren sich verstärkt für Soziale Sicherungsprogramme. In einigen Ländern gibt es bereits seit Jahren gute Ansätze. Die Afrikanische Union hat vor 4 Jahren sogar ein Dokument zu Sozialer Sicherheit verabschiedet. Viele Länder treten zudem aus Eigeninitiative an die Geber heran und bitten um Unterstützung. Dies wird jedoch von den Gebern teilweise abgelehnt, wie die Beispiele Lesotho (Rentenversicherung) und Sambia verdeutlichen.

Zudem zeigen Studien der ILO, dass Soziale Sicherung auch in den ärmsten Ländern möglich ist. Daher sollte man soziale Sicherungsprogramme ausdehnen und die wirtschaftliche Dynamik, die dadurch entstehen kann, nutzen. Bilaterale Geber alleine können diese Summen oft nicht stemmen.

Kommentar Günther Taube (GIZ): Man muss zwischen Indien, Indonesien und afrikanischen Ländern differenzieren. In Indien und Indonesien existieren bereits eine Vielzahl an Programmen zu Sozialer Sicherheit. Aus GIZ Perspektive ist in diesen Ländern nicht das Geld die entscheidende Komponente, sondern Systemberatung, um den Ländern mehr Eigenverantwortung zu übertragen.

Antwort: Die EK muss die wichtige Entscheidung treffen, wie die Gelder verteilt werden. Es gibt einige Bereiche, in die bereits viel Geld fließt – dazu gehören auch Landwirtschaft und Bildung. Soziale Sicherheit ist definitiv sehr wichtig für Wachstum. Und wenn Wachstum vorhanden ist, werden die weiteren Schritte einfacher.

Kommentar Martina Bergthaller (BMZ): Sogar bei Treffen der G20 Staaten ist Soziale Sicherheit ein diskutiertes Thema. Vor allem die Middle Income Countries setzen sich dafür ein. Hierbei besteht die Chance des Wissenstransfers in unterentwickelte Länder. Sinnvoll wäre eine rechtliche Verankerung von Sozialer Sicherheit in den Partnerländern, damit eine Klientelpolitik, wie es in Bangladesch der Fall ist, nicht stattfinden kann.

Das Projekt in Otjivero/Namibia ist ein erfolgreiches Beispiel dafür, wie durch ein Grundsicherungsprogramm das Einkommen und die Angebotsstrukturen in einer Region verbessert werden konnten. Trotz des Erfolges wurde es von der Regierung nicht ausgeweitet. Warum kann die EK in solchen Fällen keine Unterstützung leisten?

Punktuell sind solche Projekte sehr sinnvoll, allerdings muss zuvor genau analysiert werden, in welchen Regionen es umsetzbar ist. Es gibt Gegenbeispiele, die nicht erfolgreich waren. Zudem muss geklärt werden, zu welchem Zeitpunkt ein finanzieller Ausstieg aus dem Projekt sinnvoll möglich ist.

David Brodkorb

Günther Oldenbruch